

<b>Zeitschrift:</b>	Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
<b>Herausgeber:</b>	Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
<b>Band:</b>	71 (1977)
<b>Heft:</b>	9
<b>Artikel:</b>	"Ein Problem von einer theoretisch und praktisch fast unbesieglichen Schwierigkeit", ...
<b>Autor:</b>	Böhler, Albert
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-142686">https://doi.org/10.5169/seals-142686</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### Petition von Amnesty International

Petition für die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen  
«Wir, die Unterzeichnenden, empört, daß in vielen Teilen der Welt Männer und Frauen wegen ihrer politischen oder religiösen Ueberzeugung, ihrer Rasse, Hautfarbe oder Sprache in Haft leiden — obwohl sie weder Gewalt angewandt noch zur Gewaltanwendung aufgerufen haben und dies immer noch geschieht, ungeachtet der zahlreichen und feierlichen Erklärungen der vor der Welt versammelten Nationen, angefangen vor drei Jahrzehnten mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,

fordern von der Vollversammlung der Vereinten Nationen,

sofort konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern die Wahrung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu garantieren;

von jeder einzelnen Regierung in der Welt,

die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen zu veranlassen.»  
Wir bitten Leser und Freunde, die sich am Sammeln von Unterschriften beteiligen wollen und können, sich Unterschriftenbögen zu beschaffen.  
Adresse: Amnesty International, Schweizer Sektion, Postfach 1051,  
CH - 3001 Bern.

A. Böhler

### «Ein Problem

**von einer theoretisch und praktisch fast unbesieglichen Schwierigkeit»,**

so nannte L. Ragaz im Jahre 1931 in den «Neuen Wegen» das sexuelle Problem in seinem ganzen menschlichen, rechtlichen, sozialen, politischen, ethischen und religiösen Umfang gegenüber dem Arzt Dr. Bernhard Lang in der darüber veröffentlichten Korrespondenz.

In der Zwischenzeit haben sich viele Erscheinungsformen geändert, tiefgreifende geistige und seelische Veränderungen vollzogen. **Die grundlegenden Probleme aber mit ihrer Belastung, Beunruhigung und Bedrängnis für jedes einzelne Menschengewissen sind geblieben.** Sie haben sich in den gesellschaftlichen Auswirkungen und Konsequenzen verschärft. Ein Ausdruck davon ist die «Fristenlösung», über die nun abgestimmt wird. Wir haben im Kreis der religiös-sozialen Vereinigung zweimal Gespräche darüber geführt. Wir haben auch Aeußerungen von Ragaz erwogen.

Die «Lösung», um die es wesentlich geht, ist für deren Anhänger selbst (soweit sie nicht leichtfertig einem Willkürdenken verfallen sind)

eine «Notlösung», ein «Uebel», der Zwang einer «Wirklichkeit», wobei man versucht, aus einem andern Uebel, einem gesetzlich verfahrenen «Unrecht» (Art. 118 ff. des StGB) herauszukommen. Betont wird, daß das Wesentliche, was man dabei erstrebt, die generelle Rechtsgleichheit für alle Frauen und für das ganze Land sei. Eingeschlossen in diese Position ist die Forderung, daß die Frau die Instanz für die Gewissensentscheidung sei, ob das Kind ausgetragen werden soll oder nicht.

Für die Andersdenken ist es die Durchbrechung einer qualitativ entscheidenden und unaufhebbaren Grenze, die Aufhebung einer Schranke, hinter der das **Recht eines Menschenlebens** steht (nach dem Gesetz ist ja das noch ungeborene Kind Rechtsperson — mit Recht!), wenn dieses Leben preisgegeben und ausgelöscht wird. Ist zum Beispiel die Belastung, die durch das neue Leben eingetreten ist oder eintreten kann, in ihren positiven oder negativen Folgen in der Mehrzahl der Fälle wirklich so auszumessen, daß dieser Entscheid gerechtfertigt ist? **Sind es nicht letztlich seelische und geistige Grundeinstellungen**, die entscheidend sind? Soll und kann die Frau wirklich allein entscheiden? Wer soll mitentscheiden und wie? Sollten nicht, was schon besteht — Familienberatungs- und -planungsstellen — besser ausgebaut werden können? Wäre nicht Pestalozzis Vorschlag (in seiner prophetischen und revolutionären Abhandlung über *Ge setz geb u n g u n d K i n d e r m o r d*) der «Gewissensräte» zu bedenken und in eine echte Form der «gegenseitigen Verantwortung und Hilfe» umzusetzen?

Zum Gewicht der wirtschaftlich-sozialen Lage Anmerkungen im Zusammenhang mit den Aussagen von L. Ragaz. Wir bringen diese aus der schon erwähnten Korrespondenz mit Dr. Lang und der Abhandlung «Zum Kampf gegen § 218» in den «Neuen Wegen» 1931 (Seiten 63, 109, 222 ff.).

Gegen die Freigabe der Abtreibung: «Ich erhebe mich dagegen, weil ich ganz sicher bin, daß damit auch die heiligen Wurzeln des Sozialismus zerstört werden». Zugegeben werden die Ausnahmen, sowohl inbezug auf die Empfängnisverhütung als jene Lage, «wo es sich darum handelt, entweder das Kind oder die Mutter zu retten.» Aber: «Es gilt, einem Todesstrom zu wehren. Zweifelhaft kann die These höchstens von der wirtschaftlichen Seite her werden, beim Gedanken an die heutigen Lohn-, Arbeits- und Wohnungszustände. (Die sich immerhin zum Teil positiv geändert haben; d. Red.) . . .» So groß diese Schwierigkeit ist und so sehr ich sie anerkenne und Aenderung dieser Zustände erstrebe, so ist doch besser, das Kind kommen zu lassen. Denn für jede einzelne Frau ist das besser, als was sonst kommt . . . **das System der Kinderverhinderung zerstört die Lebens-**

**kraft des Proletariats und raubt der sozialen Bewegung die stärksten und heiligsten Kräfte.» ... «Die Verhinderung des Kindes ist nicht nur eine Folge der sozialen Not; sie ist noch öfters eine Folge der sozialen Nicht-Not und ist fast ausnahmslos Folge einer falschen Lebensauffassung.» ... «Gewiß spielt hier (bei den breiten Volksmassen) die soziale Not mit und niemandem kann es ferner liegen als mir, diese Wurzel des Uebels zu übersehen, aber auch die soziale Not kommt für unser Problem mehr in ihrer geistigen als in ihrer materiellen Form in Betracht: die Wurzel auch dieses Fluches liegt in einem Wirtschafts- und Lebenssystem, das nach seinem innersten Wesen das Leben zerstört, das Moloche ist.» Darum kämpfte Ragaz auch so entschieden gegen den Kriegsmoloch und zum Beispiel gegen den Autogötzen mit seinen zahllosen Opfern.**

**Die eigentliche Lösung weist in eine andere Richtung, auf jene religiöse und soziale Revolution, in der die Erneuerung der menschlichen Gemeinschaften und aller ihrer einzelnen Glieder durch eine schöpferische («bessere» Jesus) Gerechtigkeit geschieht und darnach getrachtet wird.**

L. Ragaz fragt auch im Zusammenhang mit den damaligen Auseinandersetzungen um den deutschen § 218 nach dem **Sinn und der Aufgabe des Rechtes** in einer solchen Sache. «Sollte das Strafgesetz, richtig gehandhabt, nicht vielleicht doch eine erzieherische Bedeutung haben können? Ist es nicht volkstümliches Empfinden, daß das, was das Recht erlaubt, auch sittlich recht sei? Würde also eine rechtliche Freigabe der Abtreibung nicht zur Folge haben, daß ein letzter Damm zerbrochen würde, der die **Achtung vor der Heiligkeit des Lebens** schützt? Diese Frage ist

**von äußerstem Ernst — namentlich auch für den Sozialismus, dessen Fundament die Heiligkeit des Menschen ist, von der die Heiligkeit seines Lebens einen Teil bildet.» ... «Wenn man das Problem des Kindes auf diese mechanische Weise lösen will, wird man dann nicht die Hauptsache zerstören:**

**den heiligen Ernst der Verantwortlichkeit für die Herbeiführung jener völligen Umgestaltung der Gesellschaft, welche der Abtreibung die heutige Begründung, überhaupt die Begründung nimmt?»**

Noch einmal: Eine schwerwiegende Entscheidung für ein gewissenhaftes Ueberdenken! Möge man nicht vergessen, daß eine rechtlich-gesetzliche Regelung vertan worden ist, und die neue Regelung allenfalls ein Notbehelf sein kann, der große Gefahren in sich birgt! Befürworter und Gegner werden aber zukünftig darnach gefragt werden, was sie nun an wirklicher, durchschlagender Hilfe zu tun gedenken, welcher Art die

sog. flankierenden Maßnahmen sein werden, ob sie für eine echte Mutterschaftsversicherung und die nötigen Schutzmaßnahmen für die Frau und Mutter eintreten werden, und ob Regierung, Parlament und Volk wirklich die Geldquellen zu erschließen willens sind, die einen nationalen Notstand von 40 000 jährlichen Abtreibungen aufzuheben vermögen. Es gäbe einen Weg, der das alles zusammenfaßte in einem «Schweizerischen Nationalfonds für das Lebensrecht des Kindes, den Schutz der Frau und die Gesundung der Familie». Das wäre eine Parallele zur AHV für das Fundament des Lebens. Woher das Geld nehmen? Es wäre da für ein Schweizervolk, das sich orientieren würde an der Verantwortung für das Leben, die Arbeit und die seelische und geistige Gesundheit und Fülle aller seiner Glieder!

Albert Böhler

## Hinweise auf Bücher

**MARTIN NIEMÖLLER: Reden, Predigten, Denkanstöße 1964—1976.** Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 1977; Fr. 17. —

Nachdem schon vier Bände «Reden» aus den Jahren 1945—1963 erschienen sind, bringt der Herausgeber hier Reden und auch einige Predigten aus den Jahren 1964—1976. Es sind drei Problemkreise, denen sich Niemöller immer wieder eindringlich gewidmet hat: der Kampf für den Frieden seitdem er als Marineoffizier die Gefahren des modernen Krieges und des Wettrüstens erkannt hatte; im Zusammenhang mit seiner Arbeit in der Oekumene ruft er schon früh unermüdlich zur Partnerschaft mit den armen Völkern auf und ein weiterer Themenkreis bildet die Kritik Niemöllers an Kirche und Christenheit.

Aus der Vielfalt der Dokumente wollen wir einige aus den sechziger Jahren anführen und einen Blick auf die neuesten Beiträge aus den Jahren 1975 und 1976 werfen. In einer Rede vom Oktober 1967 freut sich Niemöller über die Genfer Dokumente der «Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft» und die im gleichen Jahr erschienene Enzyklika des Papstes «Populorum progressio». Er stellt hier die Frage der Revolution und erwähnt die verschiedenen Friedensbemühungen, denen auch die Kirche nicht mehr verschlossen ist, worin sich ein Wandel anzeigt. Mehr als ein Wandel, eine Umwälzung, eine Revolution ist fällig in den Besitzverhältnissen der reichen und der armen Völker, «denn daß die Satten immer satter, die Hungrigen immer hungriger, die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, das wird auf die Dauer nicht gehen, ... die menschliche Gesellschaft muß, wenn es so weitergeht, zerreißen und zerbrechen — oder aber eine Umkehr, eine Kursänderung auf Gegenkurs fertig bringen, solange dazu noch eine Möglichkeit bleibt.» Er appelliert an unsere Solidarität und erinnert daran, «daß es nur eine einzige Basis gibt, auf der die Menschheit überhaupt leben und weiterleben kann, die Bergpredigt, die uns den Weg zum einzig vernünftigen Leben in dieser Welt anzeigt, wie wir wahrhaft menschlich und mitmenschlich bei einander und füreinander leben und unser Leben erfüllen sollten.» Kürzlich, also zehn Jahre nach Niemöllers eindringlicher Mahnung, hat Bischof Scharf aus Berlin in der Diskussion zu einem Vortrag in Zürich auch darauf hinge-